

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Einrichtung eines Gesamtbudgets („Integrationsbudget“) zur Umsetzung des 'Interkulturellen Maßnahmenprogramms - Maßnahmenempfehlungen

Beschlussorgan

Ausschuss Soziales und Senioren

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	28.05.2015
Finanzausschuss	15.06.2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt den Beschluss

- des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 15.12.2014
- des Integrationsrates vom 19.01.2015
- des Ausschusses Soziales und Senioren vom 05.03.2015

zur Einrichtung eines Integrationsbudgets zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015.

Als Basis für eine Entscheidung hinsichtlich der Höhe eines einzurichtenden Integrationsbudgets nimmt der Ausschuss für Soziales und Senioren die anliegende ‚Darstellung des zusätzlichen jährlichen Finanzbedarfes‘ zur Kenntnis.

Alternative:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren lehnt den Verweis in die Haushaltsplanberatungen 2015 für folgende Maßnahme ab:
Einrichtung eines Integrationsbudgets.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€
c) bilanzielle Abschreibungen	_____€

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Erträge	_____€
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____€

Einsparungen: ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€

Beginn, Dauer

Begründung

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung hat in seiner Sondersitzung am 15.12.2014 beschlossen: „Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Umsetzung der durch Beschlussvorlage im Rat entschiedenen Maßnahmenempfehlung ab 2015 ein Gesamtbudget in Höhe von 1,3 Millionen € zur Deckung der finanziellen Mehraufwendungen einzurichten.“

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 19.01.2015 beschlossen:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Umsetzung aller der in der Sitzung des Integrationsrates vom 24.11.2014 und der Sitzung vom 19.01.2015 vom Integrationsrat beschlossenen Maßnahmen (mit Ausnahme der Änderungsanträge zum Gesundheitsausschuss), ab 2015 ein auskömmliches Gesamtbudget -berechnet nach den Entscheidungen der jeweiligen Fachausschüsse- zu den Maßnahmenempfehlungen einzurichten. Anschließend soll der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 beschließen. Es geht hierbei um die Einrichtung eines Integrationsbudgets. Über die Verwendung entscheiden die Fachausschüsse und der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.“

Hinweis: Da in der Sitzung des Integrationsrates am 19.01.2015 noch nicht über die Änderungsanträge zum Gesundheitsbereich entschieden werden konnte, wurde in obigem Beschluss der Passus *mit Ausnahme der Änderungsanträge zum Gesundheitsausschuss* aufgenommen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren hat den Beschluss des Integrationsrates zur Einrichtung eines Integrationsbudgets vom 19.01.2015 in seiner Sitzung am 05.03.2015 zur Kenntnis genommen und per Dringlichkeitsantrag einstimmig beschlossen, diesen Beschluss des Integrationsrates zu unterstützen.

Anlage:

Aktuelle Darstellung des voraussichtlichen zusätzlichen jährlichen Finanzbedarfes bei Umsetzung der mit hoch priorisierten Maßnahmenempfehlungen (ohne einen evtl. im Ausschuss Kunst und Kultur entschiedenen Finanzbedarf).

Zur Dringlichkeit: Die Dringlichkeit ergibt sich aus den anstehenden Haushaltsplanberatungen.